

Anlage 5**Von:****Gesendet:** Mittwoch, 1. August 2012 11:14**An:****Betreff:** FW: Anregung nach § 24 GO NRW - Maßregelvollzugseinrichtung**From:****Sent:** Wednesday, August 01, 2012 11:12:09 AM**To:** Kordfelder, Dr. Angelika**Subject:** Anregung nach § 24 GO NRW - Maßregelvollzugseinrichtung**Auto forwarded by a Rule**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

nach mir vorliegenden Unterlagen ist es dem Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW nicht erklärlich, wie der falsche Eintrag der forensischen Klinik im Stadtplan der Gelben Seiten Steinfurt, Borken, Coesfeld zustande gekommen ist. Möglicherweise liegt einfach ein Irrtum vor. Auch können aus diesem Eintrag laut Mitteilung des Ministeriums keine Vorfestlegungen zur Verlängerung der übergangsweise errichteten Maßregelvollzugsklinik entnommen werden. Zur Zeit befindet sich vielmehr das Ministerium in der Abwägung sämtlicher Standortalternativen in NRW. Eine Entscheidung wird voraussichtlich im Herbst diesen Jahres fallen. Folglich steht die Zukunft dieser Einrichtung und damit viele Arbeitsplätze in der Stadt Rheine zur Disposition. Diese Einrichtung und die damit verbundenen Arbeitsplätze tragen zur Stärkung der kommunalen Wirtschaftskraft bei und erhöhen ebenso die vorhandene Kaufkraft in der Stadt Rheine. Eine Schließung der Einrichtung würde - nach der Schließung der Heeresfliegerkaserne in Bentlage - für die Stadt Rheine erhebliche negative Wirkungen haben. (Bekanntlich erfüllt das Gelände der Heeresflieger alle planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtung einer Maßregelvollzugseinrichtung.) Aber auch vor dem Hintergrund der hervorragenden Arbeit der Übergangseinrichtung bedarf es eine positive Bewertung der Einrichtung. Das Land NRW steht vor der wichtigen Aufgabe die Versorgung der Region mit Plätzen im Maßregelvollzug zu regeln. Diese gesellschaftspolitische Aufgabe erfordert die Solidarität der Stadt Rheine - einer SPD Bürgermeisterin - gegenüber einer SPD geführten Landesregierung. Diese gesellschaftspolitische Aufgabe lässt ein Sankt Florians Prinzip nicht zu. Wir haben in Rheine eine geeignete Fläche und positive Erfahrungen mit einer forensischen Einrichtung. Die ehemalige Kaserne Bentlage könnte als weiterer Standort dienen. Ich rege daher an, dass sich der Rat der Stadt Rheine öffentlich für die Einrichtung von forensischen Plätzen über den Zeitpunkt der Übergangseinrichtung ausspricht und mit allen Mitteln das Land NRW unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen

Sacharowstraße  
48432 Rheine

01.08.2012